

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Arbeitstaglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 3 Mk., durch unsere Postagentur monatlich 3.50 Mk., auf dem Lande 3.65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Streik oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Erfüllung des Bezugspreises.



Infanteriepreis 1.50 Mk. für die 6 getragene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2 spaltige Korpuszeile 3.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend Preisnachlass. Zusammenfassungen im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die 2 getragene Korpuszeile 4.50 Mk. Nachzahlungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Anzeigen der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar. Wenn der Bezug durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anstalt gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 233.

Mittwoch den 5. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Lichtgeld für September 1921 ist spätestens bis zum 10 d. Mts. an die Stadtkasse zu bezahlen.

Wilsdruff, am 4. Oktober 1921.

Der Stadtrat.

Sir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Rat des Völkerverbundes hat beschlossen, die endgültige Entscheidung des Rates in der oberschlesischen Frage am 11. November bekanntzugeben.

* Die Unabhängigen stellen in ihrer Antwort an die Mehrheitssozialisten über die Teilnahme an der Regierung eine Reihe von Forderungen auf, über deren Aufnahme sie sich vor einer Entscheidung vergewissern wollen.

* Der Reichstag soll spätestens am 3. November wieder zusammentreten.

* Die ungarische Regierung hat beschlossen, sich der Rote der Postkonferenz zu unterwerfen. Eine amtliche Note gibt bekannt, das Festungsgarn vor dem 4. Oktober geräumt werden wird.

Der brüllende Tiger.

Er kann so alt werden wie Methusalem, der grüme „Tiger“ George Clemenceau, er wird bis zu seinem letzten Atemzuge bleiben, was er ist und war: so ziemlich der unerschütterlichste Gegner, den Deutschland auf seinem Lebens- und Leidenswege jemals getroffen hat. Nach seinem jähen Sturz zu Ostern 1919 verschwand er für mehr als Jahresfrist in den Jagdgebieten des dunklen Erdteils, um trotz seiner hohen Jahre frisch wie ein Wiesel im Sommer 1921 wieder in die Heimat zurückzukehren. Jetzt hat man ihn dort, in St. Germain in der Vendée, bei noch lebendigem Leibe ein Denkmal errichtet, und Herr Clemenceau hat bei dieser Gelegenheit eine Rede gehalten, die sich wie man zu sagen pflegt, gewaschen hat.

Mit Deutschland, dem besiegten, niedergeschmetterten, in weiten Zuckungen liegenden Deutschland brachte er freilich nicht viel Heberlesens zu machen. Es habe sich, meinte er, von Herrschaftsgelassen leiten lassen, und solange es diesen Traum der Torheit nicht aufgegeben habe, könne die siegreiche Allianz nur zum Schaden desjenigen ausgehen werden, der sich selbst vergessen habe. Frankreich wäre nicht würdig seiner selbst, wenn es vergäße, daß es seinen Sieg der Zusammenarbeit aller Alliierten zu danken habe. Der Tag der Prüfung für die Allianz sei in dem Augenblick gekommen, an dem die Waffen den Händen des Feindes entfallen seien. Frankreichs Rücksicht sei nicht zu beherrschend und nicht beherrschend zu werden. Die Verpflichtungen, die man in Versailles von Deutschland erlangt habe, zählten nicht mehr. Was sei zum Beispiel daraus geworden, daß die Kriegsverbrecher der deutschen Armee von den siegreichen Ländern abgeurteilt werden sollten? Richter und Beschuldigte, die „Banditen von Leipzig“, seien im Triumph herumgetragen worden, während man ihre Opfer ausgepöbelte habe. Die Verbündeten Frankreichs hätten wohl die Notwendigkeit begriffen, ihm gegen die Möglichkeit neuer Bedrohungen ihren Beistand anzubieten. Sie hätten Verpflichtungen unterzeichnet, von denen eines Tages die Rede sein werde. Aber der Stille Ozean, von dem jetzt zwischen den Alliierten soviel gesprochen werde, sei sehr weit und die deutsche Grenze sehr nahe. Gebe es für die Washingtoner Konferenz eine schönere Aufgabe, als die Fehler der Ausföhrung des Versailler Vertrages wieder aufzumachen? Habe man die Vertreter der Zivilisation wirklich nur deshalb nach der amerikanischen Bundeshauptstadt zusammenberufen, um ihnen das Nichtinteressieren der Vereinigten Staaten in Sachen der hehren Gesege der Menschlichkeit kundzugeben, für die sie zusammen mit England und Frankreich ihr Blut geopfert hätten? Das könne nicht sein. Wüßte nicht eine finanzielle Niederlage Frankreichs in diesem Augenblick für Frankreich die gleichen Folgen haben wie eine Niederlage der Waffen? Es dürfe keine alliierte Regierung geben, die aus Gründen eines umfangreicheren Verkehrs die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit auf Kosten Frankreichs begünstigen wolle, denn das wäre Verrat. Clemenceau sprach weiter davon, daß man die gerechte Reparationsschuld im Mai dieses Jahres auf die Hälfte herabgesetzt habe. Frankreich könne auf die Anerkennung des ihm geschuldeten ebenso wenig verzichten wie auf die Bürgschaften für seine Sicherheit; es müsse das Vorrecht der Reparationsschuld vor allen deutschen inneren Schulden fordern; ebenso daß jeder Deutsche wenigstens ebenso viel Steuern zahle wie jeder Franzose. Bis jetzt sei noch nicht einmal der Versuch gemacht worden, diese billigen Bedingungen des Versailler Vertrages zu erfüllen. Jede finanzielle Erleichterung, die Deutschland gewährt werde, verringere zu gleicher Zeit die Bürgschaften für die Sicherheit Frankreichs, die Sicherheiten also, deren Verlängerung nach dem Wortlaut des Vertrages als Strafe für deutsche Verfehlungen zugelassen sei.

Ein Kampf also, des Mannes würdig, der während des ganzen Weltkrieges nichts von Verjüngung, nichts von Verjüngung wissen wollte, und der jeden Franzosen unbarmerzig als Vaterlandsverräter unschuldig machen ließ, der den Kampf gegen Deutschland nicht

bis zum bitteren Ende fortgesetzt wissen wollte. Des Mannes, der von vornherein den Frieden von Versailles nur als Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln gelten ließ, und der seine Hand lieber verdorren lassen möchte, als daß er Deutschland gegenüber auch nur um Haarsbreite vom Standpunkt des übermächtigen Siegers abwich. Sein Friedensprogramm, erklärte er auf dem Festmahl, das der Denkmalserrichtung folgte, sei, sich den Besiegten gegenüberzustellen als Sieger, der den Krieg gewonnen habe, und er wolle, daß der Friedensvertrag erfüllt werde. Der Friedensvertrag also muß nach Herrn Clemenceau erfüllt werden, auch wenn er nicht erfüllt werden kann. Und die Verbündeten Frankreichs, die sich der Erkenntnis zugänglich zeigen, daß dieser unmögliche Friedensvertrag das Unglück aller europäischen Nationen zur Folge haben muß, sie laufen Gefahr, in den Jorn des Tigers mit hineingezogen zu werden. Was er ihnen, insbesondere den Engländern und den Amerikanern, vorhält, läuft auf nichts Geringeres als auf den Vortwurf des Verrates gegenüber den französischen Verbündeten hinaus. Für Clemenceau gibt es keine Sprache der Tatsachen, der wirtschaftlichen Tatsachen insbesondere, er kennt und duldet nur die Sprache der Leidenschaft, die er allerdings meisterhaft zu handhaben versteht. Bei ihm muß man die Hoffnung, daß mit zunehmendem Alter auch die Weisheit, die alles begreifende Klugheit wachsen werde, ein für allemal aufgeben. Aber daß er mit dieser Sprache noch einmal andere Völker werde hinter sich herziehen können, wie es im Kriege gelungen ist, das darf man nach allem, was die letzten Jahre Europa gebracht haben, doch wohl bezweifeln. Wenn Herr Clemenceau sich herausnimmt, von Banditen von Leipzig zu sprechen, so muß mit ungleich höherem Recht den Banditen von Paris gesagt werden, daß die glorreiche Zeit ihrer unbegrenzten Weltbeherrschung denn doch vorüber ist.

Wann spricht der Völkerverbund?

Neue Verfassungen aus Oberschlesien nach Genf.

Die Nachrichten über den Zeitpunkt, an dem der Völkerverbund das ihm übertragene Urteil über Oberschlesien abgeben wird, müssen mit großer Zurückhaltung aufgenommen werden, da aus den verschiedenen Quellen auch abweichende Termine gemeldet werden. Nach den letzten Londoner Meldungen hat der Rat des Völkerverbundes beschlossen, die endgültige Entscheidung des Rates in der oberschlesischen Frage am 11. November bekanntzugeben. Der politische Volksrat in Deuthen hat nach einer Konferenz mit der Interalliierten Kommission in Opladen drei weitere Vertreter außer den beiden in Genf schon eingetroffenen dorthin entsandt. Daraufhin sind auch zwei weitere Vertreter der oberschlesischen deutschen Gewerkschaften vom Völkerverbund nach Genf berufen worden.

Recht und Politik.

Die Entscheidung über Oberschlesien ist bisher zum großen Schaden der gerechten deutschen Sache fast nur nach politischen, nicht aber nach rechtlichen Gesichtspunkten gesucht worden. Deshalb richtet jetzt der Königsberger Professor Dr. Kraus in der deutschen Juristenzeitung einen Appell an das Recht in zwölfter Stunde. Er untersucht streng juristisch die Haltbarkeit des Erlasses des Obersten Rates an den Völkerverbund, daß dieser dem Rate eine Grenzlinie durch Oberschlesien empfehlen möge. Er weist nach, daß durchaus kein Rechtsgrund dafür besteht, daß unter allen Umständen eine solche Grenze gezogen werden müsse. Ferner habe Deutschland das Recht, gegen jede Entscheidung zu protestieren, die nicht im Einklang mit dem Friedensvertrag steht, z. B. wenn sie ohne Amerikas Mitwirkung erfolgt.

„Aufgeklärter Föderalismus“

Eine Ansprache des bayerischen Ministerpräsidenten. - München, 3. Oktober.

Bei der Jahresversammlung des „Deutschen Museums“ in München hielt auch der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld eine Rede, in der er auf die Erhaltung des staatlichen Eigenlebens der Länder zu sprechen kam und unter anderem ausführte:

„Man gebe dem Reich, was des Reiches ist, aber man hüte sich vor dem Unitarismus, der alles nivellieren will, der aus Respekt vor Parteilichkeit erwächst. Strecken wir uns, führt der Redner fort, auch bei Zeiten dem allmächtigen Wobau der einzelstaatlichen Selbstständigkeit entgegen. Kommen wir zu einem Partikularismus und zu einem Föderalismus, der weder über dem Einzelnen das Ganze, noch über dem Ganzen das Einzelne vergißt, den ich als aufgeklärten Partikularismus, als aufgeklärten Föderalismus und bezichtigen möchte. Dann wird in alle Zukunft Bayern ein in sich

junggegründeter Schiefer des großen Deutschen Reiches, wie des Deutschtums überhaupt, sein und bleiben.“

Wenn man die beachtenswerten Worte des Grafen Lerchenfeld aus den vielen „ismussen“ in glatterer Deutsch überseht, so muß man seinen Äußerungen zweifellos zustimmen. Er wünscht, daß der Kampf zwischen den Unitaristen, die ein einheitliches deutsches Reich unter Befestigung der Bundesstaaten wollen, und den Partikularisten, die den Interessen der Einzelstaaten unter allen Umständen den Vorrang vor denen des Reiches geben, durch eine Einigung nach der Anschauung der Föderalisten geschlichtet werde, die wiederum den Bundescharakter des Reiches betonen und einen vernünftigen Ausgleich zwischen Reichs- und Landesinteressen für notwendig halten. Die Einzigung des Wortes „aufgeklärt“ soll offensichtlich darauf hindeuten, daß Graf Lerchenfeld die richtige Überzeugung hat, daß in dem ganzen Streit, der in dem jüngsten Konflikt zwischen dem Reich und Bayern wieder eine Rolle spielte, manche Schärfe vermieden werden würde, wenn die beiden Lager sich weniger von hergebrachten starren Anschauungen, als von vernünftiger Abwägung der augenblicklich vorherrschenden bayerischen Notwendigkeiten leiten ließen.

Unabhängige und Regierungsumbildung.

Antwort an die Mehrheitssozialisten.

Die Zentralkommission und die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf seine Anfrage, ob die U. S. P. bereit sei, gegebenenfalls in eine Regierungssaktion einzutreten, folgendes geantwortet:

„Die U. S. P. hat bisher die seit der Annahme des Londoner Ultimatums gebildete Regierung nicht in der formellen Erklärung des Ultimatums und der Föhrung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des Proletariats, das für die Politik unserer Partei bestimmend ist. Der immer akuter werdende Kampf gegen die Reaktion und für die wirksame Heranziehung des Volkes zur Steuerleistung und zur Erfüllung des Ultimatums, ein Kampf, in dem die Waffen unserer Partei mit den rechtssozialistischen, kommunistischen, christlichen und kirchlichen Arbeiter sowie den republikanisch-gewinnenden Angestellten und Beamten Schulter an Schulter stehen, schafft eine Situation, in der es das proletarische Interesse erfordert, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Politik die Verwirklichung der nachsichenden Wüchsforderungen zum Ziele hat.“

Die Forderungen der Unabhängigen.

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der ausreichenden Zahlungsvorforderungen durch ausreichendes Heranziehen des Volkes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte. 2. Wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion; Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem Grundsatze der Verhältniswahl; gesetzliche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten im öffentlichen Dienst, Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes betonen. 3. Fortführung der Sozialpolitik. 4. Sozialfürsorge des Bergbauwesens. 5. Eine unabhängige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen.

Das Schreiben schließt mit der Gegenfrage an die Mehrheitssozialdemokratie, ob die beiden bürgerlichen Parteien der gegenwärtigen Koalition, das Zentrum und die Demokraten, sich mit den obigen Voraussetzungen für weitere Verhandlungen einverstanden erklären.

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Der fertiggestellte Gesetzentwurf.

Soeben wird im Reichsarbeitsblatt der Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung veröffentlicht. Nach der Umwägung im November 1918 wurde eine Regelung der Erwerbslosenfürsorge vorgenommen, die aber nicht auf fester gesetzlicher Grundlage beruht, sondern durch die Anordnungen für die Demobilisierung bedingt ist. Im Laufe dieses Jahres geben diese Anordnungen ihrem Erlöschen entgegen, und so soll nun die Arbeitslosenhilfe gesetzlich geregelt werden.

Versicherungspflicht
Sind nach dem vorliegenden Entwurf grundsätzlich alle, die gegen Krankheit versicherbar sind. Versicherungsfrei sollen aber u. a. sein: die in der Land- und Forstwirtschaft, als Hausgehilfen, unabhängig und im Wandergewerbe Beschäftigten. Gegenstand der Versicherung soll sein: 1. die Gewährung einer laufenden Unterstützung für den Fall der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenunterstützung); 2. die Verforgung Arbeitsloser für den Fall der Krankheit; 3. Kurzarbeiterunterstützung. Arbeitslosenunterstützung soll erhalten werden 1. ar-